



Ausgabe Nr. 13  
September 2011



FREIE WÄHLER

Redaktion:  
Arno Ulrichs &  
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**  
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswolde, arno.ulrichs@ewetel.net

## Im Endspurt nicht vergessen: Zielgruppen gezielt ansprechen

### Auch an Briefwahl denken

**N**ach schleppendem Verlauf befindet sich der Kommunalwahlkampf jetzt in der „heißen Phase“. In diesem Abschnitt droht immer die Gefahr, vor lauter Aktionismus die wichtigen Dinge zu übersehen.

Wir als FREIE WÄHLER/ Wählergemeinschaftler sollten aber den Blick für die wichtigen Dinge bewahren: Zum einen gibt es „den“ Wähler bzw. „die“ Wählerin nicht. Viele haben es im Wahlkampf schon gemerkt: Die Ansprache muss genauer erfolgen. Wo liegen die Interessen der jeweiligen Zielgruppe? Wie erreichen wir sie? Ein Beispiel: Wir finden möglicherweise unseren Presseartikel zum Schuldenstand unserer Gemeinde in der örtlichen Zeitung ganz wichtig, weil es die kommenden Generationen belastet – nur die kommende Generation liest vielleicht kaum noch die Tageszeitung und interessiert sich eventuell auch eher für die Dinge, die in der Gegenwart passieren. Dann haben wir die Zielgruppe und das Thema verfehlt ...

Am wichtigsten ist – auch in Facebook-Zeiten – immer noch die persönliche Ansprache. Hier



merken wir sofort, ob wir beim richtigen Thema sind und sich die Menschen angesprochen fühlen. Diese Herausforderung dürfen wir vor lauter Twitter-Tweets und Facebook-Postings nicht verdrängen.

Und – nicht zu vergessen: Viele Menschen sind uns wohlgesonnen – aber wissen wir, ob sie tatsächlich am 11. September zur Wahl gehen? Für sie ist die Wahl nämlich längst nicht so wichtig wie für uns. Wo wir nicht sicher sind, ob dieser oder jene Sympathisant/in zur Wahl geht, da sollten wir mit oder mit ihr die Briefwahl regeln. Eine Anleitung ist dafür auf Seite 2 dieses Newsletters zu finden. Briefwahlunterlagen können bis zum 9. September, 18 Uhr, beim Wahlbüro der Gemeinde oder Stadt angefordert werden. Damit wir nach der Saat die Ernte sichern ...

**Arno Ulrichs**

## So einfach funktioniert die **Briefwahl**

Mit Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte können Sie entweder ins Rathaus gehen, um dort schon vor dem 11. September 2011 zu wählen – oder Sie fordern die Unterlagen per Post an.

Füllen Sie dafür den Antrag auf der Wahlbenachrichtigungskarte vollständig aus.

Schicken Sie den unterschriebenen Antrag entweder als Postkarte (0,45 Euro) oder im verschlossenen und frankierten Umschlag (0,55 Euro) an das Wahlamt Ihrer Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung. Die Adresse finden Sie auf der Wahlbenachrichtigung.

Alle Unterlagen mit den entsprechenden Briefumschlägen werden Ihnen dann vom Wahlamt zugeschickt.

Füllen Sie Ihre Stimmzettel aus, stecken Sie diese in die dafür vorgesehenen Umschläge und verschließen Sie sie.

Bitte schicken Sie die Wahlunterlagen rechtzeitig an Ihr Wahlamt. Sie können aber auch eine Person Ihres Vertrauens bevollmächtigen, Ihren Briefwahlantrag im Wahlamt abzugeben.

Bis spätestens am 2. Tag vor der Wahl 18:00 Uhr, also am 09.09.2011, können Wahlscheine und Briefwahlunterlagen beantragt werden.

In Ausnahmefällen noch bis zum Wahltag 15:00 Uhr.

### **Kurzinfos zur Kommunalwahl** **Wer darf wählen?**

Wahlberechtigt sind Deutsche und Staatsangehörige von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wenn sie am 11. September 2011 das 16. Lebensjahr

vollendet haben. Außerdem müssen sie seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz in der Kommune haben.

### **Wie wird gewählt?**

Die Wählerinnen und Wähler erhalten je einen Stimmzettel für jede Wahl, an der sie teilnehmen (z. B. Stadt-, Samtgemeinde-, Gemeinderat, Kreistag, Regionsversammlung etc., evtl. Wahl des Bürgermeisters).

### **Kreistag – Regionsversammlung – Rat**

Für die Wahl der Vertretungen (Regionsversammlung, Kreistag, Rat) gilt das Dreistimmwahlrecht. Sie können auf jedem Stimmzettel drei Kreuze machen. Um Ihre Wählergemeinschaft zu unterstützen, geben Sie Ihre drei Stimmen entweder der Gesamtliste der Wählergemeinschaft oder Ihrem persönlichen Wunsch-Kandidaten. (Das nennt man Kumulieren). Sie haben aber auch die Möglichkeit, Ihre drei Stimmen auf mehrere Bewerber oder die Liste der Wählergemeinschaft zu verteilen. (Das nennt man Panaschieren.)

### **Landrat – Oberbürgermeister – Bürgermeister**

Sofern in Ihrer Kommune ein Landrat, Oberbürgermeister oder Bürgermeister gewählt wird, gilt das Mehrheitswahlrecht. Für jede dieser Direktwahlen haben Sie eine Stimme, die Sie einem Bewerber durch Ankreuzen auf dem Stimmzettel geben können.

### **Gewählt ist der Bewerber mit den meisten Stimmen. Eine Stichwahl findet nicht statt.**



## FREIE WÄHLER Niedersachsen läuten die heiße Phase im Kommunal-Wahlkampf ein

Die FREIEN WÄHLER aus Oldenburg, Ganderkesee, Hude, Hannover, Wardenburg, Wilhelmshaven und Aurich starteten gemeinsam am 20.8.2011 in Oldenburg in die heiße Wahlkampf-Phase. Unterstützt wurden sie vom Landesvorsitzenden der FREIEN WÄHLER Niedersachsen Arno Ulrichs.

„Der Norden gibt jetzt ordentlich Gas“, sagte Arno Ulrichs. Auch die Bundesgeschäftsführerin der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER, Frau Cordula Breitenfellner, war extra aus Bayern angereist, um die zahlreichen FREIE WÄHLER Gruppen zu unterstützen. Sie war beeindruckt von dem gemeinsamen Auftritt der Wählergemeinschaften.



Landesgeschäftsführer NDS Arnold Hansen, BGF Cordula Breitenfellner, Landesvorsitzender Niedersachsen Arno Ulrichs (v.l.n.r.)

„Mit dieser Veranstaltung wurde der öffentliche Tenor, FREIE WÄHLER können überregional nicht zusammenarbeiten, Lügen gestraft“, stellte die Bundesgeschäftsführerin fest.

# Wahlkampfimpressionen



„Unsere politischen Mitstreiter behaupten immer, die FREIEN WÄHLER schauen immer nur so weit, wie der eigene Kirchturm, aber wir haben jetzt den Kirchturm von Hannover jetzt ganz fest im Blick“, ergänzte Arnold Hansen, Landesgeschäftsführer der FREIEN WÄHLER Niedersachsen.

Bei strahlendem Sonnenschein und blau-orangen Wahlkampfhimmel nutzten viele Bürger die Gelegenheit, um mit den Kandidaten ins direkte Gespräch zu kommen.



Gäste wurden mit FW-Berliner verwöhnt

An allen 7 Ständen der Wählergemeinschaften war die häufigste Fragen: Warum soll ich wählen gehen, es ändert sich doch nichts“. Schwarz-Gelb ist eine Warnfarbe und Rot-Grün steht für Stop and Go. Um mehr Bürgerwillen und Transparenz in die Gemeinde- und Stadträte zu bringen ist die Farbe Blau-Orange die einzige Alternative. Die FREIEN WÄHLER stehen für eine verantwortungsvolle und stabile Politik mit der sich immer mehr Bürger identifizieren können.

**„Bei uns darf man ruhig durchdrehen“**

## **WAHLKAMPF Mit OB-Kandidat Frank Uwe Walpurgis – FREIE WÄHLER – einmal quer durch die Stadt**

VON STEPHAN GIESERS © Wilhelmshavener Zeitung

**WILHELMSHAVEN** Graue Wolken über dem Rathaus. Gleich wird es wohl wieder regnen. Es ist Sonnabend und stürmisch, am Wahlkampfstand der FREIEN WÄHLER (FW) zieht es. Flugblätter machen ihrem Namen deshalb alle Ehre.

Für Frank Uwe Walpurgis ist der Rathausplatz die vierte von fünf Stationen an diesem Tag: „Gesicht zeigen und mit den Menschen ins Gespräch kommen“, sagt der 49-Jährige. Er ist verheiratet, hat einen Sohn und eine Tochter. Walpurgis hört gerne Rock und Pop, ist sportlich interessiert. Das Mitglied des Gemeindegemeinschafts Heppens hat schon eine Meisterschaft in Tischeishockey ausgerichtet. Viele kennen ihn aber von der Bürgerinitiative gegen zu hohe Energiepreise.

1984 schloss er seine Ausbildung bei der Stadt Wilhelmshaven ab, arbeitet seit 1988 im Außendienst der Stadtkasse. Jetzt will Walpurgis Oberbürgermeister werden und trägt den Rüstringer Friesen am Kragen seines Jacketts. An den Wahlkampfständen sucht der Kandidat das Gespräch. Zum Beispiel mit Snezana Horvat. Der Kandidat ist in seinem Element, erzählt von mehr Bürger Nähe und Transparenz. „Ich bin keine EU-Bürgerin und darf gar nicht wählen“, sagt die 43-Jährige. Seit 40 Jahren lebt die gebürtige Serbin in Wilhelmshaven, hat aber keinen deutschen Pass. „Dann empfehlen Sie uns weiter“, sagt Walpurgis und lockt wenig später die nächsten Passanten ans Glücksrad der Freien Wähler: „Bei uns dürfen Sie gerne durchdrehen.“

„Schwarz, rot, gelb, grün – das sind in diesem Fall Nieten. Walpurgis drückt aber ein Auge zu: „Politik muss kein Glücksspiel sein.“ Potenzielle Wähler dürfen so lange drehen, bis das Rad an der richtigen Stelle stehen bleibt: Blau-orange – die Farben seiner Partei. Hauptgewinn: Eine Postkarte, die Buko Königshoff gestaltet hat. Sie zeigt eine Karikatur: „SPD & Co.“ packen ihre Sachen, verlassen mit dem Bus die Stadt. „Schmunzeln Sie, freuen Sie sich darüber“, sagt Walpurgis. „Man muss humorvoll sein.“

„Humor hilft ihm vermutlich in der heißen Wahlkampfphase, die den Kandidaten kaum zur Ruhe kommen lässt. Bei ihm zu Hause in Heppens laufen die Fäden zusammen. Schon am frühen Morgen klingelt das Telefon in einer Tour. Ratskandidaten der FW und Helfer rufen an. Gut 40 sind im Einsatz. „Wisst ihr, wo ihr ausladen könnt?“, ruft Walpurgis in den Hörer und zieht sich nebenbei die Jacke an. Dann verschwindet er kurz im Büro. „Hoheitsgebiet Uwe – alles hört auf mein Kommando“, steht an der Tür.“

Seine Frau Meike unterstützt ihn, geht mit auf Stimmenfang. An diesem Tag kümmert sie sich um den Stand in der Fußgängerzone. Der OB-Kandidat fährt derweil nach Fedderwardergroden – mit seinem „feuerroten Spielmobil“, wie er sagt. Hinten im Kofferraum: Tüten mit Kugelschreibern, Kartons randvoll mit Faltblättern. Lutscher, Bälle, Traubenzucker, jede Menge Kabelbinder. Und eine Flasche Apfelschorle. „Vom vielen Reden bekommt man einen trockenen Hals.“ Der Weg führt über die Osttangente – vorbei an seinem Konterfei. „Was für ein hübscher Kerl“, scherzt der Kandidat. Manchmal hängt Walpurgis schief am Laternenmast. Dann fährt er rechts ran, rückt die Plakate zurecht. Heute hängen sie aber bestens.

Fortsetzung nächste Seite

# Wahlkampfimpressionen



Ankunft in F'grod: Schnell einen Parkplatz suchen und unter die Wähler mischen. „Junge Frau, darf ich Ihnen Informationen mitgeben?“ – „Bitte einmal den Wahlkreis Nord für die Dame – einen Lolli für den Junior.“ Andere huschen vorbei: „Keine Zeit, keine Zeit.“

„Weiter geht es Richtung Altengrod. Das Glücksrad haben die FW-Kandidaten vor dem Regen in Sicherheit gebracht. Walpurgis verteilt Faltblätter und bekommt ein paar frische Peperoni geschenkt. Später, auf dem Bismarckplatz, drängt sich die Konkurrenz. Der frühe Vogel fängt den Wurm.“

Auf dem Weg zum Stand winkt Walpurgis Passanten zu, grüßt freundlich. „Ich muss mich nicht verstellen und brauche kein Schauspiel“, sagt er. Letzte Station: Fußgängerzone. Walpurgis parkt vor dem Bulli der SPD. „Nur noch kurz die Welt retten“, läuft im Autoradio.

Er findet das passend. Dann stürzt sich der Kandidat gut gelaunt ins Getümmel: Faltblätter verteilen, mit Bürgern sprechen. Unter anderem mit Touristen aus Bayern. Die werden in Wilhelmshaven nicht wählen. Macht nichts, Lutscher und Postkarte gibt es trotzdem für sie.



# Besuch JadeWeserPort



## "Ausgleich für Geniusbank schaffen"

### POLITIK **Bundesgeschäftsführerin der „FREIEN WÄHLER“ zu Gast in JWP-Infocenter**

WILHELMSHAVEN /mm Wer für Kosten von rund einer Milliarde Euro einen Tiefwasser-Containerhafen baut und für das Areal die Geniusbank als Sandstrand hergibt, der hat Recht auf einen Ersatz an anderer Stelle. Dies hat die Bundesgeschäftsführerin der „Freien Wähler“, Cordula Breitenfellner, gestern beim Besuch einer Delegation von Ratskandidaten der Partei unter Führung von Oberbürgermeisterkandidat Frank Uwe Walpurgis in der Infobox klargestellt.

Im Beisein des Landesgeschäftsführers Arnold Hansen betonte die Politikerin aus Bayern die Wichtigkeit des Containerhafens für ganz Deutschland.

Auf der Aussichtsterrasse wurde das dem Wasser abgerungene Hafengelände in seiner ganzen Weite sichtbar. Thomas Böttcher vom Infocenter brachte den Gästen den Jadebusen als „Herz Wilhelmshavens“ näher und gab interessante Zahlen bekannt: 450 Millionen Kubikmeter Jadewasser werden mit einer Tide aus dem Jadebusen gespült oder hinein gespült. Zum Vergleich: Dieselbe Menge Elbwasser wird in Cuxhaven in einem Jahr gemessen.

Der stellvertretende Vorsitzende der „FREIEN WÄHLER“ in Wilhelmshaven, Horst-Dieter Walzner, stellte die Frage in den Raum, warum angesichts des größten Tidenhubs an der Nordseeküste von

bis zu 3,80 Metern kein Gezeitenkraftwerk geplant worden sei.

Böttcher ging auch auf die Geniusbank ein, auf der man kaum richtig schwimmen konnte. „Die Strömung war dort sehr gefährlich, 26 000 Liter Wasser sind bei Ebbe pro Sekunde reingelaufen, 28 000 Liter raus.“

In seinem kurzen geschichtlichen Abriss erinnerte er an den „Jadevertrag“ von 1853. Mit diesem Vertrag erwarb das Königreich Preußen vom Großherzogtum Oldenburg ein Gelände von zirka 313 Hektar Größe zum Bau eines Marinehafens. Das Gelände wurde am 23. November 1854 übergeben – das Datum gilt als Geburtsstunde der heutigen Stadt Wilhelmshaven. „Dieses Gelände würde locker auf dem JadeWeserPort Platz finden“, so Böttcher weiter. Und der aufgespülte Sand – immerhin 46 Millionen Kubikmeter – wäre zu einem Berg aufgetürmt 330 Meter hoch; und damit deutlich höher als der Eiffelturm in Paris mit 276 Metern.

Auch zum Containerumschlag nannte er Zahlen: Die Ausleger der Containerbrücken seien 70 Meter lang und könnten über 25 Container schwenken. Eineinhalb Minuten soll es dauern, einen Container vom Schiff herunter und einen neuen wieder aufzuladen. Ein mit 14 000 Standardcontainern beladenes Schiff würde drei Tage lang rund um die Uhr über sieben von insgesamt 16 Containerbrücken entladen, so der Experte vom JWP-Infocenter.

© Wilhelmshavener Zeitung



## **FREIE WÄHLER fordern schnelle Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen**

Wilhelmshaven. Wer für Kosten von rund einer Milliarde Euro einen Tiefwasser-Containerhafen, wie dem JadeWeserPort in Wilhelmshaven baut und dafür das Areal mit der Geniusbank, dem einzigen Sandstrand als eine der wenigen touristischen Attraktionen und das Naherholungsgebiet der Kommune hernimmt, der ist verpflichtet einen adäquaten Ersatz an anderer Stelle zu schaffen. Dies hat die Bundesgeschäftsführerin der FREIEN WÄHLER, Cordula Breitenfellner, beim Besuch einer Delegation von Ratskandidaten der FREIEN WÄHLER Wilhelmshaven unter Führung von Oberbürgermeisterkandidat Frank Uwe Walpurgis in der Infobox am Montag klargestellt.

Im Beisein des Landesgeschäftsführers Arnold Hansen betonte die Politikerin aus Bayern die Wichtigkeit des Containerhafens für die Exportnation Deutschland. Dieser ist einer der 12 weltweit tideunabhängigen Häfen, in dem künftig Containerschiffe der sog. Emma-Maersk-Klasse mit 16.000 Containern abgefertigt werden können.

Im Jahr 2012 soll die Hafenanlage teilweise schon in Betrieb genommen werden, dabei ist jedoch die dazu notwendige Infrastruktur für die Hinterland Anbindung noch gar nicht fertig gestellt.

Die Deutsche Bahn AG hinkt dem Zeitplan deutlich hinterher. Dieses führt zwangsläufig zu einer größeren Verlagerung auf die Straße.

Nach Inbetriebnahme des JadeWeserPorts werden auf der Bahnstrecke Bremen - Oldenburg ca. 80 zusätzliche Güterzüge erwartet, die zudem deutlich länger als die bisherigen sein werden. Aufgrund der Auslastung dieser Strecke, wird ein Großteil dieser zusätzlichen Güterzüge in die Nachtstunden verlegt werden müssen. Wenn man den Ausführungen von Staatssekretär Ferlemann glauben darf, dann ist frühestens 2015 mit dem Beginn von Lärmschutzmaßnahmen zu rechnen. Dieses auch nur unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

„Für die FREIEN WÄHLER hat die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität. Sie darf keineswegs wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Bezüglich der Kostenübernahme für die notwendigen Schallschutzmaßnahmen ist das Konnexitätsprinzip anzuwenden und der Bund hat die Ausgaben vollumfänglich zu übernehmen. Dieses gilt auch, wenn aufgrund der zusätzlichen Belastungen, die Schließzeiten an Bahnübergängen Unter- bzw. Überführungen erforderlich machen“, fordert Arnold Hansen, als Vorsitzender der FREIEN WÄHLER Ganderkesee, dessen Kommune von den Auswirkungen ebenfalls sehr stark betroffen ist.



**Geniusbank in Wilhelmshaven vor Beginn der Baumaßnahmen für den JadeWeserPort, auch Containerterminal Wilhelmshaven und nach Fertigstellung im Jahr 2012!**

# Besuch JadeWeserPort



**V.l.n.r. H.-D. Walzner (FW-WHV), T. Böttcher (Eurogate), A. Hansen und C. Breitenfellner (Bundesvorstand), E. Vogel (FW-Ganderkesee)**



**Wann kommt der Lärmschutz ?**



## SPD plakatiert für die UWG-Osnabrück Stadt

Der UWG Osnabrück Stadt ist es gelungen eine **besondere Unterstützung** bei der Plakatierung zu gewinnen!

Dem Ortsverein der SPD aus dem Stadtteil Osnabrück-Haste, muss die Plakatkampagne der UWG Osnabrück Stadt bei dieser Kommunalwahl so dermaßen gut gefallen haben, dass sie sogleich ihre eigenen überklebt haben und dabei auf unser Wahlkampfzitat zurückgegriffen haben.

Lesen Sie dazu den unten stehenden Artikel den die UWG Osnabrück Stadt sogleich auf ihrer Internetseite veröffentlicht hat um einen herzlichen Dank zu dieser Aktion auszudrücken!

„Unser herzlicher Dank geht an diesem Donnerstag an die Mitbewerber der SPD. Deren Ortsverein Haste-Dodesheide-Sonnenhügel unterstützt ab sofort aktiv den Wahlkampf der UWG!

Offenbar waren die Genossen von unserer Plakatkampagne **“Blau ist das neue Rot”** völlig verblüfft. Nun findet man unter den blauen UWG-Plakaten eilig selbstgedruckte Antworten der SPD.

Grammatikalisch etwas zweifelhaft heißt es dort: **“Besser: Rot (als Blau) das Original wählen!”**

Darüber zu sehen ist ein Foto mit Mohnblumen und dem Titel **“Stadtteil im Grünen”**.



**In diesem Sinne wünschen wir allen noch viel Erfolg in der „heißen“ Phase des Kommunalwahlkampfes!**

## Wahlkampf auf ostfriesisch

### Wählergemeinschaften setzen auf Kreativität

Langsam nimmt der niedersächsische Kommunalwahlkampf auch in Ostfriesland Fahrt auf. Neben den etablierten Parteien kandidieren fast überall auch freie Wählergemeinschaften. Dabei sind die Budgets

unterschiedlich verteilt.

Während die Parteien in der Regel Unterstützung ihrer Landesorganisationen erhalten, können die Wählergemeinschaften lediglich auf die Unterstützung ihrer Anhänger vor Ort bauen.

Das geringere Budget gleichen die Wählergemeinschaften durch Kreativität aus. In der ostfriesischen Gemeinde Ihlow (Landkreis Aurich) wirbt die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) seit Sonnabend mit einem Dutzend Rundballen aus der Landwirtschaft. Das Bild zeigt Kandidaten der UWG beim Beschriften der Ballen.



# Politik geht auch ehrlich!



## 1-2-3-Plakat.de<sup>®</sup> Die Grünen lassen sich Plakate spenden

Mit einer besonderen Aktion ziehen die Grünen in den Kommunal-Wahlkampf in Niedersachsen. Das Internetportal 1-2-3-Plakat.de, ein Tochterunternehmen des Außenwerbungsspezialisten CAW Media, hat für die Partei die Aktion „Spende ein Großflächenplakat“ initiiert. Dabei können die Unterstützer nicht nur für einen bestimmten Zeitraum ein Plakat buchen, sondern auch den Standort bestimmen.

Zwei von der Partei vorgegebene Plakatmotive stehen zur Auswahl. 50 Euro bis 150 Euro kostet eine Schaltung für eine Dekade. Das Konzept ist bereits mehrfach erprobt worden. Stefan Leue, Business Development Manager bei der Internetplattform: „Bei der letzten Bundestagswahl und den zurückliegenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Hessen und Baden-Württemberg wurden mehrere tausend Plakate gespendet. Auch die derzeit laufende Aktion stößt auf große Resonanz.“

## Grüne für gebundene Ganztagschulen

Um innerhalb von zehn Jahren sämtliche allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen zu verlässlichen Ganztagschulen mit einer Kernzeit von 8 bis 15 Uhr inklusive gutem Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung auszubauen wären 350 Millionen Euro oder rund 10.000 Personalstellen notwendig. Davon gehen die Landtagsgrünen aus. Ende August haben die Bildungsexpertinnen der Fraktion, Ina Korter und Miriam Staudte, einen entsprechenden Entschließungsantrag für das September-Plenum des Landtags vorgestellt.

Die „Ganztagschule mit Qualität“ mit landesweit einheitlichen Standards wird auch Teil des Grünen-Programms zur Landtagswahl 2013 sein und würde – entsprechendes Wählerverhalten vorausgesetzt – schrittweise ab dem Schuljahr 2014/2015 umgesetzt werden. Als erstes sollen die Schulen, vor allem die Grundschulen, zusätzliche Mittel erhalten, die bereits jetzt als „Ganztagschule light“ unter der CDU/FDP-Landesregierung arbeiteten.

Wer mehr Bildungsgerechtigkeit und Qualität sowie verlässliche Strukturen für die Eltern wolle,

müsse auf gebundene Ganztagschulen setzen.

Gleichzeitig sollten Kinder und Jugendliche aber auch Freiräume am Nachmittag haben für selbstbestimmte Aktivitäten und Engagement in Vereinen, Initiativen und Verbänden. Sie wollen den Eltern nach der verbindlichen Kernzeit und in den Ferien freiwillige, qualitativ hochwertige Betreuungsangebote machen, die flexibel gebucht werden können.

Das Konzept der Grünen sieht einen verbindlichen Personalkostenzuschlag von 0,1 Unterrichtsstunden pro Kind und Tag für die Kernzeit sowie 20 Prozent anteilige Personalkosten des Landes für die freiwilligen Zusatzangebote ab 15 Uhr vor, auch wenn sie weniger als vier Stunden pro Tag umfassen. Das wären 435 Millionen Euro für den Ganztagsausbau insgesamt. Abzüglich der 86 Millionen Euro, die die derzeitige Landesregierung den Schulen für den Nachmittagsbetrieb bereits jetzt pro Jahr zugesteht, bliebe eine Finanzierungslücke von knapp 350 Millionen Euro, die bei derzeitigem Ausbaustand und prognostizierten Schülerzahlen von minus 21 Prozent bis zum Jahr 2024 in den gebundenen Ganztagschulbetrieb in Niedersachsen investiert werden müssten.

Fortsetzung nächste Seite

# Gute Politik geht anders!



Das Geld dafür soll nach Meinung der Grünen bis zum Inkrafttreten der passenden Schulgesetznovelle zunächst zu 100 Prozent aus dem Landesetat fließen. Danach würde es ausreichend Mehreinnahmen für die Landeskasse geben, da die dann auch auf Bundesebene (mit)regierenden Grünen unter anderem das Ehegattensplitting abschafften, die Erbschaftssteuer erhöhten und den Bildungsoli einführten.

Auf Dauer würden sich die Ganztagsangebote volkswirtschaftlich ohnehin selbst tragen, da sie mehr Eltern und Fachkräften eine Berufstätigkeit ermöglichen und damit auch dem Staat erheblich mehr Steuereinnahmen bescherten, rechnen die Grünen.

## Änderungsbedarf bei der Stärkung der kommunalen Finanzkraft

Die kommunalen Spitzenverbände haben deutlichen Änderungsbedarf bei dem Entwurf eines Bundesgesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen. Nach dem Gesetzentwurf soll wegen der Komplexität der Regelungsmaterie zunächst für das Jahr 2012 die Entlastung der Kommunen insoweit sichergestellt werden, dass der Bund einen Anteil von 45 Prozent der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt.

In der Begründung des Gesetzes heißt es, der Bund werde ab 2013 seine Beteiligung an den Nettoausgaben in einem weiteren Schritt erhöhen und ab 2014 vollständig erstatten.

Trotz des Erfolges dieses dringenden Anliegens der Kommunen nach Entlastung bei der Alterssicherung fürchten die Spitzenverbände, dass das Ergebnis in Frage gestellt werden könnte; die Länder könnten in Versuchung kommen, die Bundesmittel nicht vollständig an die Kommunen weiterzugeben. Das aber sei das Ziel des Gesetzentwurfes. Die Kommunalverbände sähen es gern, wenn der Bund die Formulierungen in dem Gesetzentwurf entsprechend verdeutlichen würde.

Gleichzeitig müsse verhindert werden, dass im Gegenzug andere Gelder von den Ländern gekürzt würden. Bedenken bestehen außerdem bei der Frage der Spitzabrechnung durch die Kommunen,

die erst erfolgen sollte, wenn die tatsächlichen Ausgaben vom Statistischen Bundesamt ermittelt worden sind.

Die Verbände fordern mit Nachdruck eine Ergänzung der gesetzlichen Regelungen, um die Vereinbarungen im Vermittlungsausschuss und in der Gemeindefinanzkommission vollständig umzusetzen. Für zwingend notwendig halten sie die Vereinbarung, nach der mit diesem Gesetzentwurf bei Beibehaltung der derzeitigen Trägerschaft gleichzeitig die Übernahme der vollständigen Finanzierungslast der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung durch die schrittweise Erhöhung der Bundesbeteiligung im Jahr 2013 auf 75 Prozent und 2014 auf 100 Prozent festgelegt wird.

Die in Umfang und Ausgestaltung eindeutig festgelegte Entlastung der Kommunen dürfe nicht durch die Verschiebung in ein weiteres Gesetzgebungsverfahren zur Bundesauftragsverwaltung nachträglich unter den Vorbehalt weiterer Konditionierungen und neuer Festlegungen gestellt werden.



## Steuerzahlerbund: Keine höhere Besoldung für Hauptverwaltungsbeamte

Der Bund der Steuerzahler ist angesichts leerer kommunaler Kassen und unerlässlicher Sparmaßnahmen dagegen, das „Füllhorn“ für Bürgermeister und Landräte zu öffnen, und lehnt alle Überlegungen von Besoldungserhöhungen als ungerechtfertigt ab. Es könne nicht angehen, dass das Innenministerium und die kommunalen Spitzenverbände versuchten, diese Besoldungsreform möglichst geräuschlos vorzubereiten, um sie nach der Kommunalwahl zügig zu verwirklichen, betont der Verband. Die Politik müsse endlich einmal beweisen, dass sie nicht nur von den Bürgern Opfer verlange, sondern auch selbst zum notwendigen Verzicht bereit sei.

Der vertrauliche Entwurf des Innenministeriums sieht eine Höherstufung aller Hauptverwaltungsbeamten um ein bis zwei Besoldungsstufen vor. Der Bund der Steuerzahler hat daraus eine jährliche Mehrbelastung der Kommunen von insgesamt rund 1,8 Millionen Euro errechnet, bei der aber zusätzliche Versorgungslasten noch unberücksichtigt geblieben seien. Er meldet Zweifel an der Begründung des Ministeriums an, das die Besoldungsreform mit einer größeren politischen Verantwortung der Hauptverwaltungsbeamten und qualitativen Veränderungen ihrer Aufgaben begründet.

Von der höheren Besoldung verspricht man sich, dass es den Kommunen erleichtert wird, Personal für die kommunalen Spitzenämter zu finden. Gerade dieses Argument bezweifelt der Bund der Steuerzahler. Die Kandidatenkür sei vorrangig keine Frage der Besoldung. Die niedersächsischen Hauptverwaltungsbeamten würden derzeit angemessen bezahlt und profitierten außerdem von überaus großzügigen Pensionsregelungen, findet der Verband.

Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern sei keine Höherstufung zu begründen. Zur Zeit liege Niedersachsen im Mittelfeld. Nach der geplanten Erhöhung würden niedersächsische Bürgermeister an vielen ihrer Kollegen in Bayern und Baden-Württemberg vorbeiziehen und sich mit denen aus Hessen und Nordrhein-Westfalen an die Spitze bei der Besoldung setzen.

Für „völlig überholt“ hält der Verband auch die steuerfreie Aufwandsentschädigung der Hauptverwaltungsbeamten. Diese müssten ersatzlos gestrichen werden; schließlich stünden den Bürgermeistern voll ausgestattete Büros mit modernen Kommunikationsmitteln sowie Dienstwagen zur Verfügung, die aus der Steuerkasse bezahlt würden.



**Wir wünschen allen Kandidaten und  
Wahlkämpfern der FREIEN WÄHLER  
Niedersachsen einen tollen  
Wahlkampfendspurt und viel Erfolg!**

## Innenministerium hofft auf stabile Kommunalfinanzen

In einem Runderlass hat das Niedersächsische Innenministerium Orientierungsdaten für die kommunalen Haushalte im Planungszeitraum 2011 bis 2015 veröffentlicht, nach denen sich die Kommunalfinanzen stabil entwickeln. In der Erläuterung heißt es, Deutschland habe die Talsohle nach dem Wirtschaftseinbruch 2009 zügiger verlassen, als es dem internationalen Maßstab entspreche. Auch die Haushaltsentwicklung verlaufe auf der Einnahmeseite aktuell günstiger als erwartet. Dennoch wirkten die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Finanzierungserfordernisse der zur Krisenbewältigung ergriffenen Maßnahmen nach.

Das Finanzierungsdefizit der kommunalen Ebene habe 2010 bei 606 Millionen Euro nach 997 Millionen Euro im Jahr 2009 gelegen. Zudem seien mit der letzten Steuerschätzung die Einnahmeerwartungen gestiegen. Für die Kommunen ergäben sich aus der Regionalisierung der Steuerschätzung für die kommenden Jahre erhöhte Einnahmeer-

wartungen von 114 (2011), 159 (2012), 569 (2013) und 559 Millionen Euro (2014).

Eine weitere Entlastungswirkung entfalte sich durch das Ergebnis der Gemeindefinanzkommission. Allein für die Jahre 2012 und 2013 betrage die Entlastungswirkung für die niedersächsischen Kommunen über 420 Millionen Euro. Es bestehe die berechtigte Hoffnung, dass sich die Finanzierungssalden des Landes und seiner Kommunen im Zuge einer positiven Steuereinnahmentwicklung und der Entlastungen im sozialen Bereich verbessern, wenn die prognostizierte positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung eintrete, heißt es.

Allerdings bestehe auch weiterhin ein erheblicher Konsolidierungsbedarf. Nach Angaben des Ministeriums werden sich die Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich einschließlich der voraussichtlich positiven Steuerverbundabrechnung 2011 für das Jahr 2012 um rund 200 Millionen Euro auf 3,2 Milliarden Euro verbessern. Für die Folgejahre wachse die Zuweisungsmasse weiter auf 3,239 Milliarden Euro, 3,365 und 3,492 Milliarden Euro an.



## Ausschreibung von 47 Buslinien wird von Kommunen kritisch gesehen

Seit dem 20. August stehen im Amtsblatt der Europäischen Union die Wettbewerbsfristen für verschiedene ÖPNV-Verkehre in den Landkreisen Grafschaft Bentheim, Emsland und Borken (NRW). Es handelt sich dabei um vier Linienbündel mit 47 Buslinien, die für die Genehmigung von Bus- und Stadtbahnlinien zuständige Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) zum 1. März 2013 genehmigen will.

Die LNVG ist sich bewusst, dass dieses Verfahren nicht unbedingt auf Wohlwollen bei den betroffenen Landkreisen bzw. Kommunen stößt, die die Buslinien lieber wettbewerbsfrei vergeben würden und zur Bevorzugung kommunaler bzw. privater örtlicher Busunternehmen neigen.

Die LNVG will allerdings im öffentlichen Verkehrsinteresse den Wettbewerb fördern und hat daher

den Weg über das EU-Amtsblatt gewählt. Verkehrsunternehmen, die sich für diese Linienverkehre interessieren und bei der LNVG einen Genehmigungsantrag nach dem Personenbeförderungsgesetz stellen wollen, müssen ihren Antrag bis zum 21. September 2011 stellen.

Die sehr kurzfristige Ausschreibung ist nach Angaben von LNVG-Sprecher Rainer Peters durch höchstrichterliche Rechtsprechung abgesichert und üblich. Die einmonatige Frist schaffe für alle Bewerber gleiche Antragsvoraussetzungen.

Wenn es zu einem Genehmigungswettbewerb unter verschiedenen Anbietern kommen sollte, ist die LNVG nicht an die Vergabeabsichten der Landkreise gebunden. Sie werde zwar die Nahverkehrspläne der betroffenen Landkreise berücksichtigen, sich bei ihrer Auswahlentscheidung aber daran orientieren, welcher Antragsteller das beste Verkehrsangebot für die Allgemeinheit bietet, sagte Peters. Die LNVG räumt ein, dass es mit diesem Verfahren nach der Neuvergabe der Linien zu Arbeitsplatzproblemen bei den bisherigen Betreibern kommen kann.

## **G**egen die von der Landesregierung geplante Einrichtung von Koordinierungsausschüssen „Ländliche Entwicklung“ wendet sich der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB).

Zusätzliche Kontrollinstanzen für gemeindliche Infrastrukturmaßnahmen werde man in keinem Fall akzeptieren, sagte der Sprecher des kommunalen Spitzenverbandes. Die Koordinierungsausschüsse würden in einem Bereich tätig, der ausschließlich gemeindliche Interessen berühre, etwa im Rahmen der Dorferneuerung. Der NSGB lehne es aber im Interesse seiner Mitgliedskommunen mit Nachdruck ab, dass Landkreise bei Angelegenheiten mit beraten oder mitentscheiden, die ausschließlich die gemeindliche Selbstverwaltung betreffen. Zudem widerspreche die Einrichtung von Koordinierungsausschüssen dem erklärten Ziel des Ministerpräsidenten, Bürokratie abzubauen. Schließlich störe die Einrichtung die Bedeutung der Regionaldirektionen des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung als neutrale Behörde. Der NSGB hat Innenminister Uwe Schünemann und Landwirtschaftsminister Gert Lindemann dringend gebeten, die Überlegungen einzustellen.

## Kommunale Einrichtungen: Neue Verordnung über Haushaltswirtschaft

Die kommunalen Spitzenverbände beschäftigen sich derzeit mit einem Verordnungsentwurf des niedersächsischen Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft selbstständig geführter kommunaler Einrichtungen. In der Begründung zum Entwurf verweist das Ministerium darauf, dass im Vergleich zu der Zeit vor der Einführung der kommunalen Doppik nunmehr mit dem neuen kommunalen Haushaltsrecht die Möglichkeit besteht, für Einrichtungen Teilhaushalte mit eigenem Budget zu bilden.

Allerdings wolle der Gesetzgeber die Möglichkeit beibehalten, eine unabhängige eigenständige Wirtschaftsführung bei solchen Einrichtungen zuzulassen, bei denen Art und Umfang der Betätigung dieses rechtfertigt. Der Gesetzgeber hat danach in diesen Fällen angenommen, dass sich zum Betrieb dieser Einrichtungen Strukturen in der Organisation und in der Arbeit der kommunalen Vertretungen auf der Grundlage der Vorläuferverordnung herausgebildet haben, die zur Effizienz der so herausgelösten kommunalen Einrichtungen und deren Leistungen beigetragen haben.

Nach Angaben des Innenministeriums wurde der Umfang der Bestimmungen verringert. Nunmehr würden die Bilanzierungsvorschriften des kommunalen Haushaltsrechts gelten. Die Möglichkeit der kommunalen Einrichtungen, ein auf das Handelsgesetzbuch gestütztes Rechnungswesen einzusetzen, bestehe nach Einführung der kommunalen Doppik aber nicht mehr.

## Kommunen: "Bufdis" für Praktika in Schulen

Städte und Gemeinden wollen in den nächsten zwei Jahren bundesweit 10.000 Bundesfreiwillige in kommunalen Einrichtungen beschäftigen. "Wir sehen darin eine große Chance, die Situation vor Ort zu verbessern", sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Die Freiwilligen, umgangssprachlich schon auf den Namen "Bufdi" getauft, können im Gegensatz zum Zivildienst, der mit Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli wegfiel, auch in Bildungseinrichtungen eingesetzt werden, etwa für Schulpraktika.

## Landkreis Uelzen unterzeichnet Zukunftsvertrag

Zum ersten Mal hat ein Landkreis einen Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen abgeschlossen. Der Landkreis Uelzen hat nach entsprechenden einstimmigen Beschlüssen des Kreistages einen Vertrag zur Gewährung einer Entschuldungshilfe in Höhe von 60 Millionen Euro (75 Prozent der bis Ende 2009 aufgelaufenen Liquiditätskredite) unterzeichnet, um eine nachhaltige Konsolidierung zu erreichen.

Auch die Stadt Bad Münder hat einen Zukunftsvertrag abgeschlossen und erhält 17,1 Millionen Euro Zins- und Tilgungshilfen. Innenminister Uwe Schönemann äußerte sich zuversichtlich, dass die Haushaltskonsolidierung der beiden Kommunen sowohl durch die Entschuldungshilfe des Landes als auch die anstehenden Entlastung bei der Grundsicherung durch den Bund gelingen wird.

## Gesundheit schützen

Auch wenn Cordula Breitenfellner, Bundesgeschäftsführerin der FREIEN WÄHLER, klar Erdkabel favorisiert, sagt sie jedoch auch, dass „beide Varianten Vor- und Nachteile haben“. Bei Kabeln in der Erde könnte Boden nicht genutzt werden.

**Landkreis Oldenburg.** Ob eine Freileitung oder Kabel in der Erde – Vor- und Nachteile habe beides, sagte Cordula Breitenfellner bei einem Besuch am Freileitungsmast in Ganderkesee-Meierhafe: „Bei einem Erdkabel wäre die Erde nicht mehr nutzbar“, erklärte sie im Beisein von Politikern und Nachbarn.



In einer Breite von 30 Metern könne auf dem Boden kein Getreide mehr angebaut werden. „Es muss eine Lösung gefunden werden. Oberste Priorität sei, dass die Gesundheit der Menschen geschützt wird und nicht die wirtschaftlichen Interessen der Energiemonopolisten“, sagte die bayrische Politikern gestern. Damit sprach Breitenfellner den Zuhörern aus dem Herzen. Und die Gesundheit der Menschen würde derzeit nach Stand der Technik am ehesten durch Stromkabel in der Erde von Schädigungen verschont bleiben.



**BGF Cordula Breitenfellner und BGF-Vize Arnold Hansen**

# Für ehrliche Politik!



Der zu der hervorragend besuchten Veranstaltung angebotene Tee fand kaum Abnehmer. Zu sehr ging das Thema allen Anwesenden unter die Haut. Die FREIEN WÄHLER sind für eine dezentrale Energieversorgung und die Nutzung von alternativen Energien, wie z. B. Erdwärme.

„Die Kommunen sollten weitestgehend energieautarke Gemeinden werden und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Profit in die eigene Zukunft investieren können,“ fordert der hier ansässige Vize- Bundesgeschäftsführer und Kandidat für Gemeinderat und Kreistag Arnold Hansen, und weiter: „Alle Energieeinsparmöglichkeiten sind vorrangig auszuschöpfen, denn eine Energie, die nicht gebraucht wird, muss nicht erzeugt und transportiert werden.“



Bild oben: Gerd v. Seggern verdeutlicht die Dimension der geplanten Trasse zu den bestehenden Wohnhäusern

Selbstverständlich gibt es einen harten Wettbewerb zwischen uns...!

Wer die Leute am meisten abzockt, hat gewonnen !!

